Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 20. April 2004

Telefon: (0 89) 21 95 - 2780

Aktenzeichen: 103 48 408.6-53

Anmelder/Inhaber:

DaimlerChrysler AG

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

DaimlerChrysler AG Intellectual Property Management HPC U800 Postfach 2360

89081 Ulm

IPM/U-FT Frist: 30.8.+ \$.3.00 Q.R. 04. Mai 2004 MB Ihr Zeichen:

IPM/U/P803621/FI

Bitte Aktenzeichen und Anmelder/Inhaber bei allen Eingaben und Zahlungen angeben!

Zutreffendes ist angekreuzt ⊠ und/oder ausgefüllt!

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 14. Oktober 2003

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

vier Monat(en)

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigefügt werden (z. B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

Telefon: (089) 2195-0 Telefax: (089) 2195-2221 Internet: http://www.dpma.de Bank: Landeszentralbank München Kto.Nr.: 700 010 54

ww.dpma.de Kto.Nr.: 700 010 54 BLZ: 700 000 00

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gelten diese auch für das weitere Verfahren.)

1) DE 100 46 359 A1 $\sqrt{\frac{959,864}{1959,864}}$ 2) DE 36 00 762 C2 $\sqrt{\frac{959,864}{1959,864}}$

I.

Aus der Druckschrift 1) ist bekannt ein

Verfahren für eine nutzeradaptive Dialogführung für ein Sprachdialogsystem (1)

bei welchem durch das Sprachdialogsystem (1) eine Sprachaufforderung ausgegeben wird,

wobei hierauf das Sprachdialogsystem (1) auf eine Äußerung durch den Systemnutzer wartet, wobei hierzu, um die Nutzeräußerung zu verstehen, ein Spracherkenner (3, 4) aktiviert wird (vgl. Figur 1 und Beschreibung Spalte 2, Zeilen 26 – 66),

wobei das System unerfahrene und erfahrene Nutzer unterscheidet und es unerfahrenen Nutzern eine andere Sprachaufforderung ausgibt als erfahrenen Nutzern.

(Vgl. Spalte 3, Zeilen 47 – 49, Spalte 5, Zeilen 7 – 11 sowie Spalte 3, Zeile 68 bis Spalte 4, Zeile 2 in Verbindung mit Spalte 4, Zeilen 11 – 13.)

Aus der ein ähnliches Verfahren betreffenden Druckschrift 2) ist es bekannt,

dass von Seiten des Sprachdialogsystems ein Dialogschritt mit einer verkürzten Sprachaufforderung initialisiert wird,

worauf bei Protesten des Systemnutzers auf die verkürzte Sprachaufforderung eine detaillierte Sprachaufforderung ausgegeben wird.

(Vgl. Patentanspruch 1, insbesondere die vorletzte Zeile.)

Es bietet sich dem Durchschnittsfachmann an, im Bedarfsfall, d.h. zur Lösung der zu Grunde liegenden Aufgabe, diese bekannten Verfahrensschritte auch beim Verfahren nach Druckschrift 1) vorzusehen. Dabei liegt es im Rahmen fachmännischen Handelns, die detaillierte Sprachaufforderung nicht nur bei Protesten des Systemnutzers, sondern auch beim Ausbleiben einer Äußerung von ihm, auszugeben.

Zusammenfassend ist sonach festzustellen, dass es keines erfinderischen Zutuns bedarf, um vom bekannten Stand der Technik zum Gegenstand des Patentanspruchs 1 zu gelangen.

Der Patentanspruch 1 ist daher nicht gewährbar mit der Folge, dass auch die darauf mitteloder unmittelbar rückbezogenen Patentansprüche 2 – 6 nicht gewährbar sind.

· II.

Bei dieser Sachlage kann der Anmeldung – jedenfalls zunächst – kein Erfolg in Aussicht gestellt werden.

Sollte die Anmelderin noch in irgendwelchen Sonderheiten des Anmeldungsgegenstands etwas Patentwürdiges sehen, so wird sie gebeten,

- a) einen darauf gerichteten neuen Hauptanspruch sowie daran angepasste neue Unteransprüche einzureichen,
- b) die Merkmale der neuen Patentansprüche als in den Anmeldeunterlagen offenbart nachzuweisen,
- c) eine mit dem neuen Patentbegehren zu lösende technische Aufgabe zu nennen und

d) aufzuzeigen, worin der erfinderische Schritt gegenüber dem bekannten Stand der Technik liegen soll.

Wird hingegen der Patentanspruch 1 im Wesentlichen unverändert aufrechterhalten, so muss mit der Zurückweisung der Anmeldung ohne weiteren Prüfungsbescheid gerechnet werden.

Prüfungsstelle für Klasse G 10 L

Schmitt

Hausruf: 2811

Anlagen:

Abl. d. Druckschriften 1) und 2)

Zr.,

Ausgefertigt

Regierungsangestellte

